

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und Anwerbsstellen-Verwaltung entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 23.

Anzeiger für das Erzgebirge

Angewandte die Anzeigenpreise für Anzeigen aus dem Erzgebirge sind in der Anzeiger-Verwaltung zu erfragen. — Anzeigenpreise für Anzeigen aus dem Erzgebirge sind in der Anzeiger-Verwaltung zu erfragen.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 228

Mittwoch, den 30. September 1925

20. Jahrgang

Das Hindernis der mündlichen Erläuterungen.

Der vorübergehende Charakter der Konferenz. — Hoersch bei Briand. — Die Kriegsschuldfrage. — Verschiebung der Konferenz.

Wider Erwarten haben die mündlichen Erläuterungen, die im Auftrage der Reichsregierung von den diplomatischen Vertretern des Reiches am Sonnabend abgegeben wurden, in London und Paris Weiterungen hervorgerufen. Der englische und französische Botschafter sind am Sonntag beim Reichsaussenminister Dr. Stresemann erschienen, der sich gezwungen sah, auf die Weise nach Baden-Baden, wo er eine außenpolitische Bahirede halten sollte, im letzten Augenblick zu verzögern. Offenbar ist draussen die Auffassung entstanden, als sollten die Hinweise auf die Kriegsschuldfrage und auf die Notwendigkeit einer beschleunigten Räumung der nördlichen Rheinlandzone

„Vorbedingungen“ oder „Vorbehalte“

für die Beteiligung an der Konferenz darstellen. Dazu kam, daß die wiederholten Versicherungen von deutscher Seite, daß die Konferenz nur „vorbereitenden“ Charakter trage, offenbar auf der Gegenseite ernsthafte Verstimmung erweckte. Der deutsche Botschafter in Paris, der am Sonnabend nur den Vertreter des französischen Außenministers sprechen konnte, ist beauftragt, Briand selbst weitere Erläuterungen zu geben.

Dr. Stresemann hat sich selbst bemüht, die Bedenken auf der Gegenseite zu zerstreuen. Dem Chefredakteur des „Matin“, der gegenwärtig in Berlin weilte, gab er folgende Erklärung:

„Die deutsche Regierung begrüßt es, daß der Botschafter von Hoersch Gelegenheit hat, dem französischen Außenminister die von deutscher Seite abgegebene Erklärung auch persönlich übermitteln und erläutern zu können. Die deutsche Regierung hat ihrerseits wiederholt erklärt, daß sie ein positives Ergebnis der Verhandlungen über den Sicherheitspakt begrüßen würde, und die von unseren Botschaftern abgegebenen Erklärungen bezwecken gerade, die Atmosphäre gegenseitiger innerer Gleichberechtigung und Zusammenarbeit zu schaffen, welche die Voraussetzung für ein gutes Ergebnis der Arbeit der Ministerkonferenz ist.“

Paris, 28. Sept. Der deutsche Botschafter Dr. v. Hoersch erschien um 5 Uhr am Quai d'Orsay und wurde sofort von Briand empfangen. Die Unterhaltung hat genau eine Stunde gedauert. Die deutsche Botschaft erklärte auf eine Anfrage: „Der Botschafter hat dem französischen Außenminister die Annahme der Einladung zu einer Konferenz der Außenminister im Auftrage der Reichsregierung noch einmal bestätigt. Im Anschluß an diese Mitteilung wurden einige Nebenfragen besprochen, über die eine Einigung noch nicht erfolgt ist.“

Zu den „mündlichen Erläuterungen“, mit denen die Vertreter in London und Paris beauftragt sind, schreibt die offizielle „Diplomatisch-politische Korrespondenz“: „Wenn die Vertreter des Reiches in den vier alliierten Hauptstädten bei Ueberreichung der sehr kurzen Zustimmungserklärung zu dem Konferenzplan auf die beiden Fragen eingegangen sind, die vorwiegend die deutsche öffentliche Meinung beschäftigen, so ist das im Zusammenhang mit der Forderung der Gegenseite geschehen, wonach der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund dem Abschluß eines Sicherheitspaktes voranzugehen habe. Ein solcher Pakt kann aber nur zwischen Gleichgestellten, Gleichberechtigten, nicht zwischen Parteien abgeschlossen werden, von denen eine mit dem Stigma

Zu den deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen.

Berlin, 28. Sept. Die WTB. erzählt, treffen die von einzelnen Blättern veröffentlichten Mitteilungen, daß sich anlässlich des bevorstehenden Abschlusses der deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen die beteiligten Delegationen über die Einzelheiten eines von Deutschland an Rußland zu gebenden Kredites von 100 Millionen Mark zum Ankauf landwirtschaftlicher Maschinen geeinigt hätten, nicht zu. Zwischen deutschen Wirtschaftskreisen und russischen Stellen schweben Kreditverhandlungen, an denen die Reichsregierung jedoch nicht beteiligt ist. Ueber den Verlauf dieser Verhandlungen ist noch nichts Abschließendes gesagt worden.

einer schweren moralischen Schuld

dem anderen gegenüber belastet ist. Die diesbezügliche deutsche Auffassung ist so bekannt und ihre Behandlung im Zusammenhang mit der Völkerbundsfrage ist unter der Kanzlerschaft Marx bereits solange festgelegt worden, daß hiermit nichts Neues gesagt wird. Diese Auffassung zieht sich wie ein roter Faden durch die Erklärungen aller deutschen Regierungen, seitdem der damalige Reichsaussenminister Graf Brockdorff-Rantzau sie 1919 bei Entgegennahme des Versailler Vertrages zum Ausdruck gebracht hat.

Es bedeutet einen Akt der Loyalität, wenn die Reichsregierung es nicht darauf ankommen ließ, die Frage erst auf die Verhandlungen selber anzuschnellen und diese damit zu belasten, und es ist selbstverständlich, daß man in ganz anderer Weise auf positive Ergebnisse der Konferenz hoffen kann, wenn erst dieser seelische Druck von der deutschen Bevölkerung genommen worden ist.

Es sei in diesem Zusammenhang an das Bismarcksche Wort von den „Inponderabilien der Volkseele“ erinnert, an die fortschreitende Bewegung in den Ländern der ehemaligen Gegner selbst, an die Arbeit des Senators Borah in Amerika, der Politiker und Geschichtsforscher in England, Italien und vor allem auch Frankreich, an das Wort Lloyd Georges, wonach die Völker „in den Krieg hineingeschleudert“ sind, also eine Völkerschuld Deutschlands längst preisgegeben ist. Das letzte Wort darüber wird die Geschichte zu sprechen haben; aber es würde einen Selbstbetrug darstellen, wollte man heute so tun, als hätte man nicht auf der Gegenseite längst den Artikel 231 als eine große Torheit erkannt. Wirklicher Frieden ist nur zwischen innerlich Gleichberechtigten denkbar, und zwischen Völkern, die nicht innerpolitisch durch einen Konflikt zwischen moralischem Empfinden und politischer Opportunität entscheidenden Fragen gegenüber zerrissen sind.

London, 28. Sept. Als Datum für den Beginn der Paktkonferenz werden noch immer der 5. und 12. Oktober genannt, doch ist man geneigt, eher

den 12. als Beginn der Konferenz anzunehmen, da die bis zum 5. Oktober verbleibende Woche wohl kaum genügen dürfte, um die letzten Vorbereitungen für die Konferenz zu treffen. Ebenso unsicher ist noch der Konferenzort. Auch in dieser Beziehung werden noch immer Locarno und Luzern genannt, ohne daß aber dabei auf einen der beiden Orte ein besonderer Nachdruck gelegt wird. Die Unterredung Stihamsers mit Chamberlain am Sonnabend ist außerordentlich freundschaftlicher Natur gewesen und hat nahezu eine Stunde gedauert. Unter anderem ist auch auf ihr das Problem der Kriegsschuldfrage zur Sprache gekommen.

Paris, 28. Sept. Die Agence Havas berichtet aus London: Die Veröffentlichung des Textes der deutschen Antwort auf die Einladung zu einer Sicherheitspaktkonferenz ist bis Donnerstag verschoben worden. Die Erklärungen, welche der Botschafter Stihamer zu der Note gegeben hat berühren in keiner Weise den guten Eindruck, welchen die deutsche Antwort in diplomatischen und politischen englischen und alliierten Kreisen hervorgerufen hat. Die englische Regierung vertritt den Standpunkt, daß alle Fragen betreffend den Sicherheitspakt, ob es sich um den rheinischen Sicherheitspakt oder um die östlichen oder westlichen Schiedsverträge handelt, in Locarno geregelt werden würden. Ob die Konferenz am 5. Oktober beginnen wird, kann erst nach den Verhandlungen, welche Briand und Botschafter von Hoersch führen, entschieden werden.

Die Einnahme von Asdir dementiert.

Paris, 28. Sept. Die spanische Botschaft in Paris läßt durch Havas Nachrichten von der Einnahme Asdirts, die gestern veröffentlicht wurden, als unrichtig bezeichnen.

Havas meldet aus Fes: Marshall Chautey hat im Verlaufe der heutigen Wochensitzung des Regierungsrates angekündigt, daß er die Regierung gebeten habe, ihn von seinem Posten in Marokko zu entheben. Marshall Chautey ist heute nachmittag vom Sultan in Audienz empfangen worden. Er wird heute abend Marokko verlassen, um die Bergwerke von Kurigba zu besichtigen und am 29. abends wieder in Rabat einzutreffen.

Der französische Unterrichtsminister zur französischen Politik.

Paris, 28. Sept. Die erste Session der Generalratssitzung wurde heute in den meisten Departements eröffnet. In der Sitzung des Generalrates des Departements Lot hielt dessen Vorsitzender Unterrichtsminister de Monzie eine Rede, in der er u. a. erklärte: Das gegenwärtige Ministerium hat die Wiederherstellung des Friedens unter den Westmächten zum Grundfay seiner Politik gemacht. Wenn man auch nicht so naiv zu sein braucht, anzunehmen, daß durch Neben alle die politischen Umstände vergiftende Stoffe aus der Welt zu schaffen sind, so können wir doch sagen, daß ein Silberstreifen, etwas Leuchtendes, wie der Deutsche sagt, sich jetzt am Horizont abzeichnet. Man kann vielleicht zusammenarbeiten, auf alle Fälle aber kann man verhandeln. Meinungsverschiedenheiten werden selbstverständlich auch weiterhin bestehen bleiben, aber es liegt doch auch die Möglichkeit dafür vor, daß selbst diejenigen, die sich außerhalb der Gesehe Europas gestellt haben, wieder unter diese Gesehe treten. Die Welt hat es satt, sich zu zerschlagen. Frankreich wird sich stets nur auf eine Verteidigung beschränken. Auch in Marokko wird es nur innerhalb der seinem Protektorat unterstellten Gebiete vordringen. Die Vorwürfe, die man der französischen Regierung in dieser Hinsicht gemacht hat, sind auf Anschuldigungen der dritten Internationale zurückzuführen.

Schlussitzung des Völkerbundsrats.

Genf, 28. Sept. Der Völkerbundsrat hat in seiner heutigen Schlussitzung noch angeordnet, daß der von der diesjährigen Völkerbundsversammlung empfohlene Protokollentwurf zur Abschaffung der Sklaverei nicht nur den Regierungen der Völkerbundsstaaten, sondern auch verschiedenen Nichtmitgliedern, darunter Deutschland, Rußland und den Vereinigten Staaten zugestellt wird.

Auf Vorschlag des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes Albert Thomas wurde Ransen aufgefordert, zur Förderung des Flüchtlingswesens in Südamerika eine intergouvernementale Konferenz zwecks Ausbringung und Verwaltung eines Auswandererfonds von mindestens 100 000 Pfund Sterling einzuberufen.

Der Rat bestimmte ferner, daß dem Völkerbunds-Kommissar für die Mossulgrenze, dem estländischen General Baldoner, zwei Adjutanten beigegeben werden sollen, die das Dreierkomitee des Rates für die Regelung des Mossulkonfliktes ernennen soll.

Oesterreich gegen den Frieden von St. Germain.

Wien, 28. Sept. Bei der gestrigen Kundgebung gegen den Frieden von St. Germain wurde, wie die deutsch-österreichische Tageszeitung meldet, eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Der einzige sichere Weg zur Rettung Deutsch-Oesterreichs, der Anschluß an das deutsche Reich, wird uns verweigert. Das deutsche Volk von Wien ruft die ganze gestützte Welt als Zeugen auf, daß einem alten Kulturvolk der natürliche Weg in sein Mutterland versperrt wird. Es fordert einen wahren Rechtsfrieden und die Aufhebung der Grenzspähle.

Die chinesische Zollkonferenz.

London, 28. Sept. Reuter meldet aus Peking: Die chinesische Regierung beabsichtigt für die bevorstehende Konferenz über die Zölle sechs ausländische Sachverständige zu ernennen. Drei sollen britischer, je einer französischer, amerikanischer und japanischer Nationalität sein.

Eröffnung der internationalen Luftverkehrs-Konferenz.

Stockholm, 28. Sept. Die internationale Luftverkehrskonferenz wurde heute früh im Reichstag eröffnet. 14 Länder haben Vertreter entsandt. Unter den Anwesenden wurde auch der Generalsekretär der internationalen Luftfahrtkommission M. U. Koper bemerkt. Außenminister Uden hielt die Begrüßungsansprache. Er betonte vor allem die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Luftverkehrs. Zum Vorsitzenden wurde Generaldirektor Justin gewählt. Alsdann begannen die sachlichen Beratungen mit einer Erörterung der Frage des Luftverkehrs bei Nebel, während der Nacht und im Winter. Das zweite Diskussions-thema war die Frage der Maßnahmen zur Herbeiführung der Regelmäßigkeit im Luftverkehr und der Sicherheit der Reisenden. Geh. Regierungsrat Fjisch erörterte das Thema insbesondere vom meteorologischen Standpunkt aus.